

FORUM

Zeitschrift
für Politik, Arbeit & Kultur
der SP Uster

www.forumonline.ch

Nr. 269

April 2025

JA zum Projektierungskredit neue Recycling-Hauptsammelstelle

Eine gute Lösung für eine wachsende Stadt



Editorial



Karin Niedermann und Anja Gada,
Co-Präsidentinnen SP Uster

Das vorliegende FORUM beleuchtet die Abstimmungen vom 18. Mai und blickt nach vorne auf anstehende Themen und zurück auf vergangene Ereignisse.

Auf kommunaler Ebene geht es um den Projektierungskredit für die neue Hauptsammelstelle in der Loren. Die knappen Platzverhältnisse am heutigen Ort schränken modernes und umfassendes Recycling ein. Die Verschiebung in die Loren wurde sorgfältig evaluiert. Trotz Unterstützung des Projektierungskredits im Gemeinderat ergriff die rechte Ratsseite das Behördenreferendum. Das Projekt koste zu viel, hiess es. Recyceln finden zwar alle gut, aber kosten darf es nichts? Die SP hat klar und deutlich die JA-Parole beschlossen.

Im Kanton steht eine erneute Senkung der Unternehmenssteuern an. Diese ungerechte Steuervorlage ist eine weitere steuerliche Privilegierung von Grossunternehmen und Konzernen auf Kosten der Bevölkerung. Insgesamt sollen die Steuern für Unternehmen um rund 14%, nämlich auf einen Steuersatz von 6 Prozent gesenkt werden. Das bedeutet für Kanton und Gemeinden jährliche Steuerausfälle in der Höhe von über 350 Millionen Franken. Bezahlen wird dieses Finanzloch die Bevölkerung: einerseits mit Steuererhöhungen (in Uster entspräche das Finanzloch einer Steuererhöhung um 1.8%), andererseits mit einem Abbau im Service Public. Dieses Geld wird bei dem Bau neuer Schulen, der Strassen- und Veloinfrastruktur, im öV und bei der Verbilligung hoher Krankenkassenprämien fehlen. Diese Mogelpackung gilt es an der Urne abzulehnen.

Zu einem erfreulichen Thema: Ab dem 19. Mai 2025 wird der Gemeinderat Uster ein Novum erleben. Erstmals wird das Präsidium eine Person mit Migrationshintergrund innehaben. Kein Zufall, dass es mit Ali Özcan ein SP-Mitglied ist. Wir haben ihn gefragt, wie er sein neues Amt angehen will.

Zudem in dieser Ausgabe: Wohnbau beschäftigt nicht nur die Bevölkerung, sondern auch die Politik auf allen Ebenen. Tobias Langenegger ist Wohn- und Bodenexperte und zeigt in seinem Beitrag auf, was seit Jahren in der Wohnpolitik schief läuft. Und last but not least: Ein Rückblick auf die letzten Veranstaltungen der SP Uster sowie ein Ausblick auf dessen, was uns in den kommenden Wochen noch alles erwartet.

Aus dem Gemeinderat

Auf lokaler Ebene konkrete Veränderungen bewirken

Oft werde ich gefragt, warum ich mich im Gemeinderat engagiere, obwohl die Veränderungen auf lokaler Ebene begrenzt und die Probleme der Welt grösser und dringlicher erscheinen. «Ich könnte das nicht, es würde mich zu sehr aufregen», höre ich ebenfalls oft. Ich gebe zu, dass auch mich die politische Arbeit nicht immer

wir in den letzten Jahren einiges erreicht. Wir haben uns für den preisgünstigen Wohnungsbau und eine lebenswerte Stadt eingesetzt, etwa bei der Diskussion um den Richtplan.

Aktuelle Entwicklungen stellen vor allem für Kinder und Jugendliche grosse Herausforderungen dar. Daher haben wir eine Anfrage zur psychischen Gesundheit von Jugendlichen gestellt und ein Postulat eingereicht, um die offene Arbeit mit Kindern und Jugendlichen in Uster weiterzuentwickeln.

Der Klimawandel ist eine globale Krise, doch auch auf lokaler Ebene können wir viel bewegen. Durch unseren Einsatz wird nun ein umfassender Energieplan erstellt, der Uster auf eine nachhaltigere Zukunft ausrichtet. Auch wenn wir globale Probleme wie die Unterdrückung von Frauen in Afghanistan nicht direkt ändern können, setzen wir uns lokal mit Aktionen wie «16 Tage gegen Gewalt an Frauen» für mehr Bewusstsein und Schutz von Frauenrechten ein.

Zusätzlich fördern wir Projekte zur Verbesserung der Lebensqualität in Uster, wie das Seerestaurant oder das Kultur- und Begegnungszentrum auf dem Zeughausareal, um unsere Stadt für alle noch lebenswerter zu gestalten.

Auch wenn die grossen Probleme der Welt weiterhin bestehen, haben wir auf

lokaler Ebene schon einiges erreicht. Und wir wollen noch mehr erreichen.

Wenn auch du den Wunsch hast, nicht nur über unlösbare Probleme zu sprechen, sondern konkret etwas zu bewegen, dann freue ich mich, wenn du dich bei uns meldest. Dein Engagement ist gefragt, genau hier in Uster.

Tanja Göldi, Fraktionspräsidentin SP Uster



kalt lässt. Manchmal wünsche ich mir, wir könnten schneller und mehr erreichen. Aber genau wegen der Welt, wie sie heute ist, halte ich unser Engagement für besonders wichtig: Auf lokaler Ebene können wir konkrete Veränderungen bewirken, auch wenn sie klein erscheinen mögen. Sozialdemokratische Werte stehen weltweit vor Herausforderungen. Doch gerade in Uster haben

IMPRESSUM FORUM

Zeitschrift für Politik, Arbeit & Kultur der SP Uster:
www.forumonline.ch

Herausgeberin: Sozialdemokratische Partei Uster

Anschrift: SP Uster, Postfach, 8610 Uster 1

Auflage: 18 000 Exemplar

Erscheinungsweise: mindestens zweimal im Jahr

Layout: E. Feldmann, Druck: Ropress Zürich

Hinweis: Bei dieser Zeitung handelt es sich weder um Werbung noch um Reklame, sondern um politische Information. Darum darf sie auch in jene Briefkästen gesteckt werden, auf denen sich ein Stopp-Kleber befindet. Wir danken für Ihr Verständnis.

Städtische Abstimmung: JA zum Projektierungskredit für eine neue Recycling-Hauptsammelstelle

Eine gute Lösung für eine wachsende Stadt



So soll die neue Recycling-Hauptsammelstelle in der Loren dereinst aussehen. Damit weitergeplant werden kann braucht es am 18. Mai an der Urne ein JA.

Schon lange ist klar: Die Recycling-Hauptsammelstelle an der Dammstrasse mag den Anforderungen an den Betrieb nicht mehr genügen. Ein Ausbau am jetzigen Standort ist aber nicht möglich. Deshalb gibt es schon seit 2012 Pläne, die Hauptsammelstelle in die Loren zu verlegen. Der Gemeinderat hat im Januar für die Projektierung einen Kredit von 600'000 Franken genehmigt. Dagegen wurde aber das Referendum ergriffen, weshalb es nun am 18. Mai zur Volksabstimmung kommt.

Von Ali Özcan, SP-Gemeinderat

Man merkt es selber, wenn man Sperrgut oder Altpapier an der Hauptsammelstelle an der Dammstrasse entsorgen will: Die Verhältnisse vor Ort sind eng, die Zufahrt schwierig, die Sammelstelle platzt aus allen Nähten, die Angestellten arbeiten in einem Kabäuschen. Die Gründe sind klar: Konzipiert war die Sammelstelle bei ihrer Eröffnung für 28'000 Einwohner:innen. Seither ist die Bevölkerung kräftig auf 37'000 Einwohner:innen gewachsen. Und auch das Konsumverhalten hat zugenommen: Mehr Menschen produzieren auch noch mehr Abfall pro Kopf.

Ausbau am bisherigen Standort nicht möglich

Ein Ausbau der Sammelstelle am bisherigen Ort ist nicht möglich, auch wenn ein Teil der Gegner-

schaft dies behauptet. Die räumlichen Verhältnisse lassen das schlicht und einfach nicht zu. Und damit sind auch neue Sammel-Angebote nicht machbar. Kommt hinzu: Die verkehrliche Situation ist schwierig, die Verkehrsflächen an den SBB-Gleisen eng. Weiter führt die vom Kanton geplante Veloschnellroute vor der Sammelstelle durch, da sind manövrierende Autos schlicht zu gefährlich.

Effizienter Betrieb am neuen Standort

Anders die Situation in der Loren: Hier kann auf einem städtischen Grundstück der Betrieb von Grund auf neu und effizienter organisiert werden. Auch kann der Anteil von versiegelten Flächen erheblich reduziert werden, ebenso die Flächen, die beheizt werden müssen. Kurz und gut: Durch eine geschickte Anordnung der Nutzungen und die Reduktion von versiegelten und beheizten Flächen auf das notwendige Minimum, entsteht eine flächen- und kosteneffiziente Lösung, die zudem im Betrieb noch Kosteneinsparungen verspricht. Der Projektvorschlag respektiert auch den sensiblen Standort in unmittelbarer Nähe des Werrikerriets. Durch die richtige Anordnung der einzelnen Gebäudeteile auf dem Areal kann das angrenzende Moor gegen Lärm und Licht abgeschirmt werden. Und das Dach der Konstruktion wird mit einer Photovoltaikanlage ausgestattet.

Zusammenarbeit mit Integrationsangeboten

Aus Sicht der SP ein ebenfalls ein wichtiger Aspekt ist die Zusammenarbeit der Abfallbewirtschaftung

mit der Abteilung Soziales. So entstehen auf dem Areal auch dringend benötigte Räumlichkeiten für die Integrationsangebote. Diese sind bislang extern eingemietet, was unnötige Kosten verursacht, die nun eingespart werden können. Der Stadtrat nutzt also vorbildlich Synergien, etwas was ja vom Gemeinderat immer eingefordert wird.

Am 18. Mai stimmen die Stimmberechtigten über den Projektierungskredit von 600'000 Franken ab. Dieses Geld ist nötig, um das eigentliche Bauprojekt überhaupt erst erarbeiten zu können. Die Gegner argumentieren, dass sich die Stadt aufgrund vieler anderer Investitionen die neue Hauptsammelstelle nicht leisten könne. Dabei verkennen sie aber, dass das Abfallwesen spezialfinanziert ist.

Und das heisst, das vermeintlich eingesparte Geld kann nicht für ein anderes Projekt eingesetzt werden. Der Investitionsberg der Stadt Uster bliebe also genau gleich gross.

SP empfiehlt ein JA

Die Generalversammlung der SP Uster hat das Projekt Anfang März ausführlich diskutiert. Zwar bedauerten auch einige SP-Mitglieder die Aufgabe des bisherigen zentralen Standorts. Da aber ein Ausbau dort wie erwähnt schlicht nicht möglich ist, Uster eine zeitgemässe Recycling-Hauptsammelstelle braucht und das vorgestellte Projekt überzeugt, hat die SP sehr deutlich die JA-Parole beschlossen.

Schwerpunkt Wohn- und Bodenpolitik: Wo stehen wir? Was ist zu tun?

Damit die Mieten wieder bezahlbar werden, m

Kaum ein Thema bekam in den letzten Jahren eine solche Bedeutung, wie die explodierenden Mietpreise. Dies zeigt sich mannigfaltig, sei es in der medialen Berichterstattung, in diversen Umfragen und Sorgenbarometern wie auch natürlich in der Politik. Schlussendlich sah sich gar der Bundesrat genötigt einen prominent besetzten, aber kaum ergebnisreichen runden Tisch einzuberufen. Was ist denn eigentlich das Problem? Und was ist zu tun?

Von Tobias Langenegger, SP-Kantonsrat

Die ganze Misere auf dem Wohnungsmarkt lässt sich im Grunde in einer einzigen Zahl zusammenfassen: +65 Prozentpunkte! Um so viel sind die Angebotsmieten im Kanton Zürich in den letzten 25 Jahren gestiegen. Die Angebotsmiete ist der Mietpreis, der für eine neuvermietete Wohnung verlangt wird. Ihr gegenüber steht die Bestandesmiete, das ist die Miete, die Mieter:innen in bereits bestehenden Mietverhältnissen bezahlen. Gut, könnte man jetzt sagen: Alles wird halt teurer. Aber zum Vergleich: Die durchschnittliche Teuerung betrug im gleichen Zeitraum «nur» +18 Prozentpunkte. Die Angebotsmieten sind also ein Mehrfaches gestiegen als die Teuerung.

Warum sind die Mieten explodiert?

Diese starke Mietverteuerung ist ein grosses Problem, vor allem im Mietland Schweiz, in welchem knapp 65% der Bevölkerung zur Miete wohnt – im Kanton Zürich sind es gar 73%. Wie konnten die Mieten so explodieren?

Um diese Frage zu beantworten, lohnt es sich als erstes die Eigentumsverhältnisse anzuschauen, also: Wem gehörte der Boden früher und wem gehört er heute? Die Eigentümer:innen lassen sich in drei



Wohnbau-genossenschaften (im Bild: Siedlung im Werk) vermieten nach dem Prinzip der Kostenmiete, was die Mieten bezahlbar macht.

Kategorien unterteilen: Private Eigentümer:innen, also Privatpersonen die eine oder mehrere Wohnungen besitzen; gemeinnützige Eigentümer:innen wie Gemeinden oder Genossenschaften, welche Wohnungen zur Kostenmiete, also ohne Rendite vermieten; sowie renditeorientierte Eigentümer:innen, also Immobilienkonzerne, welche mit Wohnungen eine maximale Rendite erzielen möchten. Wie haben sich die Gewichte zwischen diesen Kategorien verschoben? Für die Stadt Uster gibt es keine Zahlen. Es gibt sie aber für die Stadt Zürich, die die Zahlen seit 2010 erhebt. Und diese haben es in sich: Während private Eigentümer:innen heute rund 25% weniger Wohnungen besitzen, gehören den gemeinnützigen Eigentümer:innen prozentual etwa gleich viele Wohnungen wie vor 15 Jahren. Im gleichen Zeitraum nahm aber die Anzahl Wohnungen, welche Immobilienkonzernen besitzen, um 33% zu!

Mit anderen Worten: Es findet eine massive Umwälzung der Eigentumsverhältnisse statt. Eine Mehrheit der Mietwohnungen in der Stadt Zürich

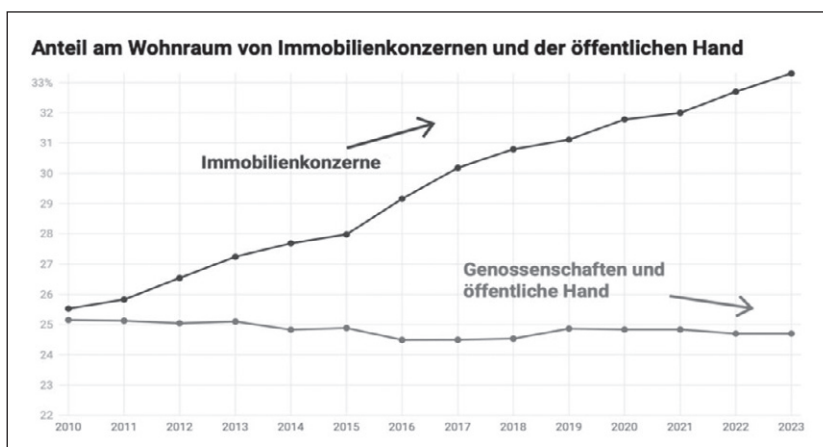
gehörten mittlerweile Immobilienkonzernen – Tendenz weiter steigend. Es kann zwar davon ausgegangen werden, dass die Umwälzung in der Stadt Zürich grösser ist als in Uster. Die Entwicklungen der Immobilienwirtschaft haben aber stets gezeigt: Meist beginnen sie in der Stadt Zürich – aber fast immer folgen kurz darauf die umliegenden Städte und Gemeinden.

Referenzzinssatz sinkt, Mieten steigen trotzdem

Unterdessen hat auch die Politik erkannt, dass es so nicht weiter gehen kann. Die Problemanalyse sowie die Lösungsansätze könnten dabei aber nicht unterschiedlicher sein. Die SVP beschränkt sich auf die Logik – es dürfte kaum überraschen –, gäbe es keine Zuwanderung, wäre alles kein Problem. Was das Ausbleiben der Zuwanderung für Probleme – Stichwort Fachkräftemangel – nach sich ziehen würde, wird beiseite gewischt. Die FDP wiederum proklamiert: «Man muss einfach mehr bauen, der Markt wird es dann schon regeln.» Dieser Ansatz mag einleuchtend tönen, nur funktioniert die Logik von Angebot und Nachfrage in der Immobilienwirtschaft nicht. Es gab in den letzten Jahrzehnten immer wieder enorme Bautätigkeiten, dennoch sind die Mieten kaum je gesunken.

All das erstaunt deshalb, weil gleichzeitig der Referenzzinssatz bis 2023 immer nur gesunken ist. Was deshalb relevant ist, weil sich laut der Rechtsprechung in der Schweiz die maximal zulässige Rendite bei Mietwohnungen am Referenzzinssatz orientiert. Doch es gab in den letzten 25 Jahren kaum Phasen, trotz teils steigender Leerwohnungsziffer und trotz stets sinkendem Referenzzinssatz, in denen die Angebotsmieten gesunken sind. Aber wenn im gleichen Zeitraum massiv mehr Wohnungen von renditeorientierten Eigentümer:innen ver-

Die Daten zeigen klar: Ein Grund, dass die Angebotsmieten explodieren, liegt darin, dass immer mehr Wohnraum Immobilienkonzernen gehören, die auf Rendite-Maximierung aus sind.



musst der Boden der Rendite entzogen werden



In Uster wird es bald mehr gemeinnützigen Wohnungsbau geben: Auf dem Zeughaus-Areal-West (bei den oberen beiden Zeughäusern in der Bildmitte) wird bald die GWG bauen.

mietet wurden, dann ist diese Entwicklung nicht erstaunlich. Je mehr Boden renditeorientiert vermietet wird, umso höher die Mieten, auch wenn das den gesetzlichen Bedingungen widerspricht.

Drei Initiativen, die das Problem angehen

Dagegen gibt es nur eine Lösung: Es muss so viel Boden wie möglich der Rendite entzogen werden. Das erreicht man, indem sich die Eigentumsverhältnisse von den renditeorientierten zu den gemeinnützigen Eigentümer:innen verschieben. Weiter gilt es die Mieter:innen zu stärken. Denn heute gibt es dann grosse Mietsprünge, wenn es einen Mietwechsel gibt. Dies sieht man daran, dass die Bestandesmieten wesentlich weniger stark gestiegen sind als die Angebotsmieten.

Genau bei diesen beiden Punkten setzen zwei Initiativen an, welche bald im Kanton Zürich zur Abstimmung kommen: Die Volksinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen im Kanton Zürich» gibt den Gemeinden die Möglichkeit, eine aktive Bodenpolitik zu betreiben und beim Verkauf eines attraktiven Areals einzugreifen. Sie trägt also direkt dazu bei, die Eigentumsverhältnisse zu Gunsten der gemeinnützigen Eigentümer:innen zu verändern. Die Volksinitiative «Bezahlbare Wohnungen schützen. Leerkündigungen stoppen (Wohnschutz-Initiative)» ermöglicht es den Gemeinden, bei Ersatz-

neubauten zu schauen, dass die neuen Mieten den gesetzlichen Bedingungen entsprechen. Damit sinkt der Anreiz, Mieter:innen einfach auf die Strasse zu stellen, weil man die Mieten danach nicht beliebig erhöhen kann.

Eine dritte Initiative, die «Wohnungsinitiative» möchte, dass der Kanton Zürich selbst beginnt, gemeinnützige Wohnungen anzubieten. Bisher gehören zu den nicht renditeorientierten Anbieter:innen primär die Genossenschaften und die Gemeinden. Die Initiative möchte dies ändern. Neu soll der Kanton Zürich ein weiterer gemeinnütziger Anbieter werden.

Wichtige Weichenstellung steht an

Doch auch die rechten Parteien haben zwei Initiativen eingereicht: Die eine fordert von den Gemeinden im Kanton Zürich, dass immer, wenn sie gemeinnützigen Anbieter:innen Land im Baurecht geben, einen gleich grossen Anteil an Private geben müssen. Damit wird das Problem nicht gelöst, im Gegenteil: Die Initiative wird dazu führen, dass heute der Rendite entzogener Boden wieder renditeorientiert vermietet werden wird – es ist sozusagen eine «Mietexplosionsbeschleunigungs-Initiative». Die zweite Initiative der Rechten möchte, dass man neu bei einer Hypothek für selbstbewohntes Eigentum nur noch 5% Eigenkapita-

Wohnbaugenossenschaft baut auf dem Zeughaus

spu. Die Stadt Uster hat 2023 von der armassuisse ein Baurecht für das Zeughausareal West erworben. Nun ist klar, wer dort bauen darf: Der Stadtrat hat mit der Gemeinnützigen Wohnbaugenossenschaft Winterthur (GWG) einen Unterbaurechtsvertrag abgeschlossen. Die von ihren Mitgliedern getragene GWG wurde 1939 gegründet und verwaltet heute rund 1400 Wohnungen in 42 Siedlungen. Mit ihrem Fokus auf Nachhaltigkeit und soziale Durchmischung und ihre Erfahrung mit der Umnutzung von denkmalgeschützten Gewerbebauten ist die GWG die ideale Partnerin für die Entwicklung des Areals. Der Unterbaurechtsvertrag muss noch vom Gemeinderat genehmigt werden und läuft dann bis zum 31. Dezember 2123.

braucht. Für die Differenz zum normalerweise geforderten Eigenkapital von 20% soll der Kanton Zürich bürgen. Die Idee ist sympathisch – es gilt nun im politischen Prozess genau zu prüfen, wie hier eine Überschuldung von jungen Menschen verhindert werden kann. Denn wenn die Initiative schlussendlich einfach zu mehr Überschuldung führt, hilft das niemandem.

Die Auflistung zeigt: Wir stehen vor wichtigen Weichenstellungen im Kanton Zürich. Stellen wir sie richtig, für mehr bezahlbare Wohnungen und gegen die Verdrängung.

Interview mit Ali Özcan, designierter Präsident des Gemeinderates Uster

«Das Parlament ist ein Fels in der Brandung»

An der Gemeinderatssitzung vom 19. Mai wird SP-Gemeinderat Ali Özcan voraussichtlich zum neuen Parlamentspräsidenten gewählt. Damit leitet er als «höchster Ustermer» während eines Jahres die Arbeit des Parlamentes und repräsentiert dieses an diversen Anlässen. Im Interview mit FORUM erzählt er, was ihn für dieses Amt motiviert.

FORUM: Ali Özcan, seit zwei Jahren bist Du Vizepräsident des Gemeinderates und wirst nun am 19. Mai zum neuen Präsidenten des Ustermer Parlaments gewählt. Wie siehst Du diesem Tag und diesem Amt entgegen?

Ali Özcan: Ich blicke mit Spannung aber auch mit dem nötigen Respekt auf diesen Tag. Mulmig ist mir aber nicht, da ich den Ratsbetrieb nach zehn Jahren kenne und im Ratssekretariat gute Leute an meiner Seite weiss. Das Amt wird jedoch bestimmt viel Platz in meiner Agenda einnehmen. Ich freue mich aber sehr auf die kommenden Anlässe und auf neue Begegnungen.

FORUM: In der bald 100jährigen Geschichte des Ustermer Parlamentes bist Du der erste Ratspräsident mit einem Migrationshintergrund. Was bedeutet das für Dich?

Ali Özcan: Migrationshintergrund? Ich bin gebürtiger Aargauer (lacht). Aber Spass beiseite: Ich finde es im 21. Jahrhundert langweilig, dass Menschen immer noch auf ihren Namen oder ihre Herkunft reduziert werden. Für mich ist viel wichtiger herauszufinden, wie die verschiedenen Mitmenschen mit ihren Fähigkeiten und Qualitäten zum Leben in Uster beitragen und prägen, egal ob Migrant:in oder Aargauer:in.

Dennoch: Von Frauen und/oder Politiker:innen mit Migrationshintergrund hört man immer wieder Geschichten von Anfeindungen. Wie ist das bei Dir?

Mein «Lieblingsdrohbriefschreiber» pöbelte nach meiner Wahl in den Gemeinderat eine lange Zeit hinterher, ich solle wieder dorthin verschwinden, woher ich gekommen sei. Er tat dies leider anonym, denn ich hätte ihm nur zu gerne persönlich vom schönen Seetal erzählt, wo und wie ich im überschaubaren Bauerndorf Schafisheim aufgewachsen und zur Schule gegangen bin.

Wie gehst Du mit solchen Anfeindungen um?

Zu Beginn meiner Parlamentszeit hatte ich noch grossen Respekt vor solchen Drohgebärden und



Wird am 19. Mai voraussichtlich zum Gemeinderatspräsidenten gewählt:
SP-Gemeinderat Ali Özcan.

stellte mir sogar die Frage, ob ich im Stadtparlament am richtigen Ort wäre. Mittlerweile differenziere ich sehr bewusst. Für das durchgekaute Argument, ich solle in mein Heimatland verschwinden habe ich nicht mal mehr ein müdes Lächeln übrig. Als Politiker fühle ich mich in der Pflicht, auch den Nörglern und Menschenhassern zuzuhören und mit ihnen zu argumentieren – bis zu einem gewissen Grad zumindest. Je primitiver ein Gespräch verläuft, desto mehr ignoriere ich aber diese Angriffe auf meine Person.

Zurück zum Ratspräsidium: Einerseits geht es ja darum, die Ratssitzungen zu leiten, andererseits gibt es aber auch vermehrt gesellschaftliche Anlässe, wo Du als Ratspräsident das Parlament vertreten darfst. Worauf freust Du Dich mehr? Oder vor was hast Du mehr Respekt?

Ich denke, dass gerade zu Beginn des Präsidiums das Leiten der Ratssitzungen mehr Effort benöti-

gen wird als die gesellschaftlichen Anlässe. Die qualitativ gute Vorbereitung der Ratssitzung ist für mich deshalb wichtig. Auf die Anlässe freue ich mich aber natürlich auch. Ich bin sehr gespannt, welche Begegnungen sich ergeben werden.

Du bist seit 2015 Mitglied des Parlaments, also seit zehn Jahren. Hat sich während dieser Zeit der Gemeinderat irgendwie verändert? Oder ist er ein politischer Fels in der Brandung?

Zu Beginn meiner Ratszeit war noch ein Ratsmitglied dabei, das meine Aufnahme ins Ustermer Bürgerrecht einzig wegen meines Namens ablehnte. Diese Tage sind glücklicherweise vorbei. In der aktuellen Konstellation steht der inhaltliche Diskurs im Vordergrund, was sehr zu begrüssen ist. Insofern denke ich schon,

Ali Özcan (*1974) arbeitet als Dozent und Projektleiter NDSHF im Gesundheitswesen. Er ist seit 2015 Mitglied des Gemeinderates und dort Mitglied der Kommission Soziales und Gesundheit. 2023 wurde er zum 2. Vizepräsidenten des Rates gewählt, 2024 zum 1. Vizepräsidenten. Am 19. Mai folgt nun turnusgemäss die Wahl zum Gemeinderatspräsidenten.

dass der Rat ein demokratischer Fels in der Brandung ist und seinen Beitrag leistet, damit Legislative und Exekutive vernünftig zusammenarbeiten.

Letzte Frage zum Schluss: Erste Amtshandlung nach der Wahl ist ja die Antrittsrede, danach hat der Ratspräsident ein Jahr lang inhaltlich zu schweigen. Ist die Rede schon geschrieben und wenn ja, gibst Du einen kleinen Einblick, was Du ansprechen willst?

Eine vollständige Rede habe ich noch keine verfasst. Noch bin ich hin- und hergerissen: Soll ich von den Erfahrungen aus der Ustermer Migrationszene berichten? Oder völlig darauf verzichten und stattdessen auf die gemeinsamen Werte hinweisen, die unsere Gesellschaft stark machen? Etwas werde ich aber bestimmt ansprechen: Nämlich, dass Bratwurst und Baklava trotz fundamentaler Unterschiede mittlerweile sehr gut zusammenpassen.

Kantonale Abstimmung: NEIN zum Steuergesetz (Steuervorlage 17, 2. Schritt)

350 Mio. Steuerausfall pro Jahr – wer soll das bezahlen?

Im September 2019 hat die Zürcher Stimmbevölkerung knapp einer Senkung des Steuersatzes für juristische Personen von 8 auf 7 Prozent zugestimmt. Jetzt wollen der Regierungsrat und die bürgerlichen Parteien gleich nochmals nachlagen: in einem zweiten Schritt, soll der Steuersatz auf 6 Prozent sinken. Das bedeutet eine Steuersenkung innert weniger Jahre von 25 Prozent! Das kommt für uns nicht in Frage, die Vorlage muss am 18. Mai abgelehnt werden.

Von Harry Brandenberger, SP-Kantonsrat

Die Wirtschaftsverbände und die bürgerlichen Parteien fahren stets die gleiche Argumentation: Der Kanton Zürich liege im interkantonalen Steuerranking auf den hintersten Rängen und verliere daher laufend Firmen an die umliegenden Kantone. Daher müsse eine Platzierung im vorderen Drittel angestrebt werden und somit seien Steuersenkungen unumgänglich.

Schauen wir doch einmal etwas genauer hin: Im Jahr 2022 haben 1356 Unternehmen den Kanton Zürich verlassen. Gleichzeitig kamen aber 1219 Firmen in unseren Kanton. Und weiter wurden viele Firmen neu gegründet, so dass die Zahl von juristischen Personen kräftig gestiegen ist. Sieht doch wahrlich nicht nach einem Standort aus, aus dem die Firmen fliehen.

Aber zurück zu den Wegzügen: Die Gründe dafür werden nicht erhoben: Vielleicht fanden die Betriebe einfach keine passenden Räumlichkeiten, der private Wohnsitz wurde verlegt oder die Miete war zu teuer? Die Behauptung jedenfalls, dass die Firmen den Kanton Zürich wegen den hohen Steuern verlassen hätten, entbehrt jeglicher Grundlage.

Andere Faktoren sind viel wichtiger

In den letzten Jahren stand der Wirtschaftsraum Zürich in vielen Rankings stets auf einer der Spitzenpositionen, sei es bei der Lebensqualität, bei Neugründungen von Firmen oder bei der Wirtschaftsleistung pro Kopf. Anstelle der Anzahl juristischer Personen ist die Anzahl Beschäftigter in marktwirtschaftlichen Unternehmen eine viel bessere Kenngrösse. Und bei diesen hatte der Kanton Zürich in den letzten Jahren ein grösseres Wachstum als alle anderen Grossregionen der Schweiz! Der Erfolg des Kantons Zürich beruht somit nicht auf Steuerdumping, sondern auf einem produktiven Wirtschaftsklima und einer hohen Lebens-



Die letzte Senkung ist erst wenige Jahre her, doch nun soll der Steuersatz für Firmen schon wieder gesenkt werden. Sagen wir Nein dazu.

qualität. Und auf einer guten Infrastruktur, die durch vernünftige Steuern finanziert wird. Die Rezepte der Tiefsteuerkantone zu übernehmen, wäre für Zürich wirtschaftlich völlig kontraproduktiv.

Eine unserer grössten Stärken ist unsere Hochschullandschaft mit ETH, Uni Zürich und den Fachhochschulen. Die bestens ausgebildeten Abgänger:innen sind für die Firmen attraktiv und stärken den Forschungs- und Innovationsstandort, was die SP z.B. mit dem Innovationspark auf dem Flugfeld Dübendorf aktiv mitunterstützt hat.

Wer soll die Steuerausfälle bezahlen?

Auch bei dieser Frage tönt es von bürgerlicher Seite immer gleich (falsch): Durch die sogenannten «dynamischen» Effekte würden die Steuersenkungen ausgeglichen, d.h. aufgrund der tieferen Steuern zögen mehr Firmen in den Kanton Zürich. Die SVP schreit zwar nach einer Zuwanderungsbegrenzung, aber auf diesem wirtschaftlichen Auge sind sie dann blind...

Wenn wir solches Kaffeesatzlesen auf der Seite lassen, so sieht man schnell, dass die Steuerausfälle

rund 350 Mio. Franken für Kanton und Gemeinden betragen werden – und das jedes Jahr! Diese Mittel fehlen dann im Staatshaushalt und haben Sparmassnahmen zur Folge, die wir alle spüren werden: bei der Bildung, beim öV oder bei der Kultur.

Bürgerliche gehen auf «tutti»

Und absolut dreist ist es zudem, wie die bürgerlichen Parteien im Kantonsrat die Vorlage der Regierung noch verschärft haben: Finanzdirektor Ernst Stocker sah in seinem Vorschlag imhin eine kleine Gegenfinanzierung vor, nämlich die Erhöhung der Teilbesteuerung auf Dividenden von 50 auf 60 Prozent. Doch SVP, FDP und GLP wollten von dieser Lösung nichts wissen und haben diese Mehreinnahmen wieder gestrichen. Sie spielen auf «tutti».

Darum: Spucken wir den bürgerlichen Parteien in die Suppe. Sagen wir Nein zu dieser unsozialen Steuerdumping-Strategie.

Sagen wir NEIN zur Änderung des Steuergesetzes (Steuervorlage 17, 2. Schritt).

News aus der SP Uster

Mit viel Schwung ins letzte Jahr vor den Wahlen

Seit einem halben Jahr hat die SP Uster mit Anja Gada und Karin Niedermann ein neues Co-Präsidium. Und im Vorstand übernehmen neue und zumeist jüngere Gesichter Verantwortung. Das ist wenig überraschend: Im letzten Jahr ist die Zahl der Mitglieder so stark gewachsen wie schon lange nicht mehr, darunter auch viele Jüngere. Die SP Uster startet somit mit viel Schwung und Zuversicht ins wichtige letzte Jahr vor den Wahlen 2026.

spu. «Wir wollen die SP Uster offen gestalten und alle Menschen miteinbeziehen, die sich gemeinsam für sozialpolitische und ökologische Anliegen stark machen wollen», erklärte Karin Niedermann an der Generalversammlung bei der Wahl zur neuen Co-Präsidentin. «Politische Erfolge werden nicht nur innerhalb der Partei oder in Parlamenten, sondern vor allem gemeinsam mit der Bevölkerung erreicht.» Und Co-Präsidentin Anja Gada ergänzt: «Uster soll nicht nur eine Stadt zum Wohnen, sondern eine zum Leben sein. Dafür braucht es insbesondere bezahlbare Wohnungen, grössere Unterstützung bei der externen Kinderbetreuung und mehr Grün- und Freiräume in der Stadt.»

Starkes Mitgliederwachstum

Im neu zusammengesetzten Vorstand der SP Uster sitzen neben ein paar bewährten Kräften mit viel Erfahrung heute mehrheitlich Menschen in ihrer ersten Lebenshälfte. Was durchaus ein Abbild der Mitgliederentwicklung ist: Im letzten Jahr sind so viele Menschen neu zur SP Uster gestossen, wie in der jüngeren Vergangenheit in keinem anderen Jahr.



Die SP Uster hat viele neue Mitglieder erhalten: Blick in die Generalversammlung 2025.



Gaben den SP-Mitgliedern einen interessanten Einblick in die Parlamentsarbeit: Tobias Langenegger (Co-Fraktionspräsident Kantonsrat) und Tanja Göldi (Fraktionspräsidentin Gemeinderat Uster).

Darunter auch auffallend viele Jüngere, die bereit sind, sich in irgendeiner Form einzubringen und zu engagieren. Dieser Drive widerspiegelt sich auch in den Aktivitäten der Partei: Im letzten hal-

ben Jahr gab es einen Workshop zum Thema Rassismus mit SP-Kantonsrätin Mandy Abou Shoak oder ein WenDo-Workshop für Frauen. Dazu mehrere Abendveranstaltungen mit klassischen politischen Themen: So informierten etwa SP-Stadtrat Stefan Feldmann und SP-Gemeinderat Andres Kronenberg über den neuen kommunalen Richtplan. Und die Fraktionspräsident:innen Tanja Göldi (Gemeinderat) und Tobias Langenegger (Kantonsrat) informierten über die Arbeit in ihren Parlamenten. Neu ins Leben gerufen wurde auch der «Pfützentreff», bei dem sich Eltern an einem Samstag auf einem der städtischen Spielplätze treffen und gemeinsam darüber nachdenken, wie man Uster familienfreundlicher gestalten kann. Aber auch das Gesellige kommt nicht zu kurz: Im November fand das traditionelle Jassturnier der SP Uster statt, der Rolf-Graf-Cup.



Danke, Martin!

spu. An der Generalversammlung im März wurde Martin Camponovo nach 15 Jahren Vorstandstätigkeit verabschiedet. Martin war so etwas wie der ruhende Pol im Hintergrund. Er führte das Protokoll und war stets zur Stelle, wenn es für die Partei irgendetwas zu erledigen gab, wie etwa das Aufhängen von Plakaten oder der Transport von Material für eine Standaktion. Nachdem er vor noch nicht so langer Zeit pensioniert wurde, will er nun wieder vermehrt mit seiner Partnerin reisen, bevorzugt mit seinem Camper und bevorzugt in Skandinavien. Gute Reise! Und danke für Deinen Einsatz all die vielen Jahre!

Wir suchen Dich!

Wie man sieht: In der SP Uster läuft sehr viel. Es ist viel Schwung und Energie vorhanden, um gemeinsam die Zukunft unserer Stadt zu gestalten. Und je mehr wir sind, umso besser. Deshalb: Die SP Uster sucht Dich! Bist Du interessiert, Dich gemeinsam mit uns für eine lebenswerte und soziale Stadt einzusetzen. Dann melde Dich bei uns (info@sp-uster.ch). Oder schau einmal unverbindlich an einem Anlass vorbei (alle Termine auf www.sp-uster.ch). Wir freuen uns auf Dich!